

LEITARTIKEL • BUNDESLIGA

Was im Fußball zählt

Heute beginnt sie, die Bundesliga-Saison vor der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika. Die Saison, in der erstmals am Wochenende dank der neuen Anstoßzeiten Fußball – eine leichte Übertreibung – fast rund um die Uhr live im Fernsehen läuft; die Saison, in der sich Finanz- und Wirtschaftskrise erstmals richtig zeigen. Keine Frage, die 36 deutschen Profiklubs müssen mit sinkenden Einnahmen und roten Zahlen rechnen, nachdem es in den vergangenen fünf Jahren stetig bergauf gegangen war. Die Sponsoren zeigen sich knauserig, die Werbe-Einnahmen sinken, die Logenplätze werden auch nicht mehr so einfach verkauft. Alleine das strenge Lizenzierungsverfahren der Deutschen Fußball-Liga (DFL) sorgt dafür, dass finanzielle Hasardeure in Deutschland – jedenfalls im Profifußball – noch keine Chance haben.

Kurios: Die Finanzgeschäftsführer der Klubs gehen deutlich weniger auf die Suche nach Investoren, der klassische Bankkredit kommt wieder in Mode. Vor Monaten wurde noch die Abschaffung der so genannten „50 + 1“-Regelung gefordert, die besagt, dass die Mehrheit der Anteile an einer Kapitalgesellschaft immer in der Hand des „Muttervereins“ bleiben muss. Damit sollte der Geschäftsbetrieb Bundesliga am Laufen gehalten werden. Heute ist das kein Thema mehr.

Warum auch sollten sich die Verantwortlichen auf wirtschaftliche Abenteuer einlassen? Es läuft schließlich prima rund um die Bundesliga, im Fußball-Sport generell. Die Stadien wurden, nicht zuletzt mit Hilfe der Städte und Kommunen, zu Eventstätten ausgebaut, die für Familien ein Höchstmaß an Sicherheit bieten. Das ist längst nicht überall so in Europa. Die Zuschauer strömen am Wochenende in Scharen und verzehren ordentlich.

Es wird aber auch gute Unterhaltung geboten. Alleine der Spannungsfaktor ist relativ hoch. Während für den Titel zum Beispiel in der englischen Premier League ernsthaft nur vier Mannschaften in Frage kommen, ist die Auswahl in

der Bundesliga an potenziellen Meistern ungleich größer. Wer hatte schon den VfL Wolfsburg am Ende der vergangenen Saison auf Platz eins vermutet? Zudem sorgt die Entlassungswelle bei den Trainern im Sommer für reichlich Abwechslung auf den Bänken und Stühlen. Neun Bundesligisten präsentieren sich mit neuen Übungsleitern.

Die ganze Sache hat jedoch auch einen Haken. Zum Problem könnte ein Hang zur Übertreibung werden. Dass Fußball im TV läuft, das ist gut, zumal die TV-Einnahmen für die Klubs immer wichtiger werden. Die Zersplitterung der Spieltage mit

Es gibt einen Hang zur Übertreibung

unterschiedlichen Anstoßzeiten kann dennoch nicht der richtige Weg sein. Der völlig berechtigte Protest der Amateurlubs wegen der frühen Spieltermine am Sonntag wurde vom DFB im Keim erstickt. Was der DFB nicht beeinflussen oder lösen kann, sind die drohenden Auseinandersetzungen in den Familien und Lebenspartnerschaften. Der Samstag mit dem Spätspiel ab 18.30 Uhr wird für viel Gesprächsstoff sorgen hinsichtlich der Planung für den Abend.

Auch sonst scheint es so, als habe der Fußball alles im Griff. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten vernachlässigen ihren Auftrag schon lange. Randsportarten spielen bei ARD und ZDF kaum noch eine Rolle. Eine Randsportart ist dabei alles außer Fußball. Mit den unzähligen Übertragungen von müden Test- und Vorbereitungsspielen in der Sommerpause haben sich die Sender selbst ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Aber was soll schon das ständige Gejammer. Melvin Dearlove ist Fußball-Fan, wohnt in London und fliegt ständig nach Hamburg, um Heimspiele des Zweitligisten St. Pauli zu sehen. Am Millerntor kann er rauchen und trinken. Das ist das, was zählt. THOMAS GOTTHARDT

KOMMENTAR • KONJUNKTUR

Die Hälfte ist Psychologie

Wollte man die Güte deutscher Wirtschaftsminister am Großmeister der sozialen Marktwirtschaft messen, dann befindet sich Karl-Theodor zu Guttenberg zumindest auf den Spuren Ludwig Erhards. Für Erhard war Wirtschaft zu fünfzig Prozent Psychologie. Kauft Kühlschränke! Der Baron kommt zwar naturgemäß gestelzt daher: „Der wiederholte und stärker werdende Anstieg der Auftragseingänge ist ein breiter werdender Hoffnungsschimmer“, sagte er gestern. Seine Wirkung auf Analysten, Verbände und zahlreiche Wirtschaftsmedien hat der Bayer aber nicht verfehlt. Für die zweite Jahreshälfte erwarte er wieder Wachstum, sagte zu Guttenberg und sogleich tönt allerorten, die Rezession sei nun zu Ende.

Dass die Wirtschaft noch längst nicht aus der tiefen Krise heraus ist, das weiß auch zu Guttenberg. Bei al-

ler Begeisterung über das Auftragsplus von Mai zu Juni, ergibt sich im Vorjahresvergleich immer noch ein Minus um 25 Prozent. Viele kleine und mittlere Firmen können die Kosten gar nicht so schnell senken wie die Umsätze wegbrechen. Dort geht es an die Substanz. Wer die nicht hat, dem droht ebenso die Pleite wie manchen Kurzarbeitern die Arbeitslosigkeit.

Und doch gibt es sie, die Hoffnungsschimmer. Wenn etwa das Auftragsplus von Mai zu Juni vor allem der Wiederbelebung der Weltwirtschaft zu verdanken ist, dann ist das für das Exportland Deutschland ein deutlich positives Signal. Nicht nur China wächst kräftig. Allein aus dem Euroraum stiegen die Bestellungen im Juni um 13 Prozent. Das markiert sicher noch nicht das Ende der Krise. Für ein bisschen Psychologie taugt es allemal. HANS-JÖRG WIEDENHAUS

PRESSESTIMMEN • NORDKOREA

Diplomatie auf höchstem Niveau

Den diplomatischen Erfolg des früheren US-Präsidenten Bill Clinton in Nordkorea kommentierten gestern viele Zeitungen:

La Repubblica (Rom):

Ein Tag des Feierns für ganz Amerika, das die Rückkehr der beiden von Nordkorea freigelassenen Journalistinnen begrüßt hat. Und ein persönlicher Triumph für „The Comeback Kid“ Bill Clinton, der sich zurück auf die politische Weltbühne katapultiert hat.

Independent (London):

Das Weiße Haus und das Außenministerium haben dementiert, dass Clinton eine persönliche Botschaft überbracht hat, ob über das Atomprogramm Pjöngjang oder sonst etwas. In Wirklichkeit brauchte Clinton keine Botschaft zu überbringen. Er war selbst die Botschaft, dass die Tür zu Verhandlungen nicht geschlossen ist.

Information (Kopenhagen):

Die „humanitäre Geste“ mit der Freilassung von zwei US-Journalistinnen in Nordkorea ist in Wirklichkeit ein zynischer Schachzug. Die beschämende Wahrheit lautet, dass Bill Clintons Besuch in Nordkorea vor allem der Legitimierung des dortigen Regimes gegenüber den eigenen Bürgern dient. Es wäre blauäugig, sich vorzustellen, dass die USA unter Präsident Barack Obama in der Lage sein werden, dem Diktator Kim Jong Il dessen Atomwaffen aus der Hand zu nehmen.

Aftenposten (Oslo):

Wir sind Zeugen von Diplomatie auf höchstem Niveau geworden, als Ex-Präsident Bill Clinton Nordkorea am Mittwoch besuchte. Selten ist der Begriff vom rechten Mann am rechten Platz zum rechten Zeitpunkt so passend gewesen wie jetzt, als er überraschend in Pjöngjang auftauchte.



... „Auf jeden Fall Isolierstation!“

Zeichnung: Horst Haitzinger

Kassen sollen zahlen

Bund lehnt Kostenbeteiligung an Schweinegrippe-Impfung ab

Der Bund will die Kosten für die geplante Schweinegrippe-Impfung im Herbst nicht übernehmen. Die Krankenkassen müssten das bezahlen, heißt es in Berlin. Die Kassen drohen mit Beitragserhöhungen.

Berlin. Die eigentlich kostenlose Impfung gegen Schweinegrippe könnte die Bürger teuer zu stehen kommen. Denn der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) will Geld für die Impfung sehen – entweder aus dem Steuertopf oder über höhere Beiträge zum ersten Oktober.

Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Klaus Theo Schröder, hat die Forderung des GKV gestern zurückgewiesen. „Die Impfung ist eine Pflichtaufgabe der Kassen“, sagte Schröder Berlin. „Die Kassen hätten genug Geld, um die Massenimpfung zu finanzieren. Der Ruf nach Beitragserhöhungen ist völlig unangemessen.“

Es sei auch nicht richtig vom GKV, in dieser Situation die Finanzfrage nach vorne zu stellen. „Das entspricht nicht der Verantwortung eines so wichtigen Entscheidungsgremiums und eines so wichtigen Trägers zur Sicherung der öffentlichen Interessen“, sagte Schröder. „Wie kann man denn bei der Vorbeugung diese Frage nach vorne schieben?“

Rasmussen sieht Truppen noch lange in Afghanistan

Antrittsbesuch des neuen Nato-Generalsekretärs – 27 Tote bei Anschlägen

Kabul. Der neue Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat bei seinem Antrittsbesuch in Afghanistan Regierung und Bevölkerung die weitere Unterstützung des Militärbündnisses zugesichert: „Ich versichere dem afghanischen Volk, dass wir sie so lange unterstützen werden, bis die Arbeit getan ist.“ Er teilte mit, dass die Zahl der zivilen

Wegen der geplanten Impfung von 25 Millionen Menschen im Herbst erwartet die GKV einen unvorhersehbaren Anstieg der Ausgaben bei der gesetzlichen Krankenversicherung im laufenden Jahr und möglicherweise auch 2010. Denn die Impfkosten koste 700 Millionen bis eine Milliarde Euro, wenn sie nicht vom Öffentlichen Gesundheitsdienst übernommen werde. Der Spitzenverband hält eine entsprechende Aufstockung des Gesundheitsfonds durch Steuermittel für sachgerecht. „Ohne eine solche Kompensation müssten die Krankenkassen die Zusatzbelastungen über Zusatzbeiträge finanzieren.“ Um die Mehrkosten zu begleichen, wäre rechnerisch eine Beitragssatzerhöhung um rund 0,1 Prozentpunkte nötig.

Mit dem neuen Gesundheitsfonds ist theoretisch denkbar, dass eine Kasse einen Zusatzbeitrag erheben kann, wenn das Geld aus dem

Institut: Impfung mit stärkeren Nebenwirkungen

Die im Herbst geplante Schweinegrippe-Massenimpfung für rund 25 Millionen Menschen in Deutschland kann stärkere Nebenwirkungen verursachen als die übliche Grippeimpfung. Darauf hat gestern der Präsident des staatlichen Paul-Ehrlich-Instituts, Johannes Löwer, hingewiesen. Grund ist, dass

Topf nicht ausreicht. Möglich ist ohne die Prüfung der Einkommensverhältnisse ein Betrag von acht Euro im Monat pro Versicherten.

Für den Herbst erwarten Experten deutlich mehr Schweinegrippe-Erkrankungen und schwerere Verläufe als bisher. Dann seien Todesfälle auch in Deutschland möglich, sagte der Präsident des für Impfstoffe zuständigen Paul-Ehrlich-Instituts, Johannes Löwer. Die ersten Risikogruppen könnten jedoch bereits im September gegen die neue Grippe geimpft werden.

Nach den jüngsten Daten des Robert Koch-Instituts hat sich die Zahl der Neuinfektionen in Deutschland pro Woche in kurzer Zeit mehr als verdoppelt: Von 1179 Fällen Mitte Juli auf 2847 Fälle Anfang August. 80 Prozent der neuen Patienten sind Urlauber, die sich im Ausland mit dem Virus infizierten. Insgesamt sind in Deutschland bisher 8619 Fälle nachgewiesen. AP/dpa

Die Wirkstoffmenge pro Dosis drastisch verringert wird und beigemischte Verstärkersubstanzen die Wirkung künstlich erhöhen sollen. Geimpfte müssten mit Schwellungen und Rötungen an der Einstichstelle rechnen sowie teilweise mit mehrtägigen Kopf- und Gliederschmerzen. AP

Chavez contra Kolumbien

Der venezolanische Präsident Hugo Chavez kündigte Sanktionen gegen Kolumbien an, wie die venezolanische Tageszeitung „El Universal“ berichtete. Chavez sehe dies als Reaktion auf Kolumbiens Vorwürfe, Venezuela habe die kolumbianische Farc-Guerilla mit Waffen unterstützt. Er werde Importe von Fahrzeugen aus Kolumbien stoppen. Die kolumbianische Ölfirma Ecopetrol sei von einer Ausschreibung zur Erschließung der Ölvorkommen in einer Region Venezuelas ausgeschlossen worden.

ZITAT DES TAGES

Bei solchen Schwüren bin ich vorsichtig.

Peter Ramsauer

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag zur Aussage des FDP-Chefs Guido Westerwelle, dass er ein Bündnis der FDP mit der SPD und den Grünen ausschließe. AP/dpa

Nordkorea soll Atomgespräche fortsetzen

US-Präsident Obama: Nach Freilassung von Journalistinnen weitere Fortschritte erzielen

Die USA und die Uno haben Nordkorea aufgefordert, die Atomgespräche fortzusetzen. Die Forderung ist Folge der Freilassung zweier Reporterinnen.

New York/Seoul/Pjöngjang. Nach der vom ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton vermittelten Freilassung zweier US-amerikanischer Journalistinnen aus nordkoreanischer Haft haben die USA und die Vereinten Nationen die Regierung in Pjöngjang zu einer Fortsetzung der Atomgespräche aufgefordert. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon appellierte an das kommunistische Regime, zu den Sechs-Parteien-Gesprächen zurückzukehren. US-Präsident Barack Obama sagte, es liege an der nordkoreanischen Regierung, nun auch in anderen Bereichen Fortschritte zu erzielen.

Mit Blick auf das Atomprogramm des Landes sagte Obama dem US-Sender MSNBC: „Wir wollen nur sicherstellen, dass sich die Regierung Nordkoreas innerhalb der Regeln der internationalen Gemeinschaft bewegt.“ Ban ließ durch seine Sprecherin Michèle Montas erklären, er hoffe, dass der Dialog zwischen Nordkorea und den beteiligten Parteien schnellstmöglich wieder aufgenommen werden könne.

Im April hatte Nordkorea seinen unwiderruflichen Rückzug von den seit 2003 laufenden Gesprächen über den Abbau seines Atomprogramms erklärt. Das Land reagierte damit auf die Verurteilung des Starts einer nordkoreanischen Langstreckenrakete durch den UN-Sicherheitsrat. An den Sechs-Parteien-Gesprächen sind außer Nordkorea und den USA auch China, Südkorea, Japan und Russland beteiligt.

Die nordkoreanische Regierung hat neuen Sechs-Parteien-Gesprächen eine Absage erteilt und direkte Verhandlungen mit den USA vorgezogen.

Auch US-Außenministerin Hillary Clinton hat die nordkoreanische Führung aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Nordkorea könne zwar „den Weg provokativer Handlungen“ weitergehen, sagte sie mit Blick auf die jüngsten Atom- und Raketenstarts des kommunistischen Regimes. Dies werde das Land aber weiter isolieren.

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton hatte bei einer Visite in Pjöngjang am Dienstag die Freilassung der beiden US-Reporterinnen erreicht, die in Nordkorea wegen illegalen Grenzübertritts zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt waren. Die beiden wurden nach fast fünf

NOTIZEN

Fehlerquote bei Ärzten

Fast jedem dritten Praxisarzt unterlaufen regelmäßig Fehler mit ernststen Folgen für die Patienten. In einer Studie der Stiftung Gesundheit gaben 23 Prozent der Ärzte an, dies passiere einmal pro Monat – sechs Prozent sagten einmal pro Woche. 36 Prozent der Ärzte würden die Patienten einmal im Jahr falsch behandeln.

Paulis Debakel ist perfekt

Die frühere CSU-Rebellin Gabriele Pauli und ihre neue Partei Freie Union sind mit der Kandidatur für die Bundestagswahl endgültig gescheitert. Der Bundeswahlausschuss in Berlin hat die nachträgliche Zulassung ihrer Partei in Bayern abgelehnt. In Bayern verweigerte der Landeswahlausschuss Pauli in der vergangenen Woche die Zulassung, weil auf den Unterlagen ihre eigene Unterschrift fehlte. In allen anderen Bundesländern hatte die Freie Union zu wenige Unterstützungs-Unterschriften erhalten.

Todesurteile in Indien

Sechs Jahre nach einem Terroranschlag in Mumbai mit mehr als 50 Toten hat ein indisches Gericht gegen drei Angeklagte die Todesstrafe verhängt. Die zwei Männer und eine Frau sind für schuldig befunden worden, als Mitglieder der islamistischen Terrororganisation Lashkar-e-Taiba die Bluttat verübt zu haben.

Bombenalarm auf Party

Niedersachsens Verfassungsschutzpräsident Günter Heiß hat bei einem Sommerempfang der CDU-Landtagsfraktion die Polizei in Atem gehalten. Er



Niedersachsens Verfassungsschutzpräsident Günter Heiß hat für einen Bombenalarm gesorgt

Chavez contra Kolumbien

Der venezolanische Präsident Hugo Chavez kündigte Sanktionen gegen Kolumbien an, wie die venezolanische Tageszeitung „El Universal“ berichtete. Chavez sehe dies als Reaktion auf Kolumbiens Vorwürfe, Venezuela habe die kolumbianische Farc-Guerilla mit Waffen unterstützt. Er werde Importe von Fahrzeugen aus Kolumbien stoppen. Die kolumbianische Ölfirma Ecopetrol sei von einer Ausschreibung zur Erschließung der Ölvorkommen in einer Region Venezuelas ausgeschlossen worden.

ZITAT DES TAGES

Bei solchen Schwüren bin ich vorsichtig.

Peter Ramsauer

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag zur Aussage des FDP-Chefs Guido Westerwelle, dass er ein Bündnis der FDP mit der SPD und den Grünen ausschließe. AP/dpa